

Senatsbeschlüsse

der 202. Sitzung des Senats

am 05.03.2019, 11:15 Uhr

4933.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 26. bis 28. Februar 2019

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 26. bis 28. Februar 2019 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 26. Februar 2019

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 27. Februar 2019)

Nr. 19/607 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Alleinerziehende stärker unterstützen – Kita-Aufnahmekriterien ergänzen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Dezember 2018
(Drucksache [19/887 S](#))
2. Alleinerziehende stärker unterstützen II – Betreuung zu Tagesrandzeiten ausweiten
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Dezember 2018
(Drucksache [19/888 S](#))
3. Frauenförderung in der Kultur
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/898 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/608 S

Fragestunde

1. Fahrraddiebstähle in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 16. Januar 2019
2. Gefahr durch steigendes Grundwasser?
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Januar 2019
3. MOIA allerorten – nur nicht in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Januar 2019
4. Zwischennutzungen auf Flächen der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB)
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 21. Januar 2019
5. Escape-Room-Locations in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 22. Januar 2019
6. Immobilie „Bunte Eiche“
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 22. Januar 2019
7. Umbaumaßnahmen in der Donandtstraße
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2019
8. Höhe der Kita-Elternbeiträge für Krippen, Kitas und Horte
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 24. Januar 2019
9. Zukunft des Hachez-Geländes
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. Januar 2019
10. Wie weiter mit dem Neubau des Kinder- und Familienzentrums Am Nonnenberg?
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 31. Januar 2019
Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Übergangswohnheim Am Rastplatz
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 7. Februar 2019
Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

12. Umgang mit der Dokumentation von MRE-Patienten

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 14. Februar 2019

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/609 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

"Personaldecke zu dünn – Kitas werden am Limit"

2. auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE:

"Sporthallenkrise im Bremer Westen – von Grambke bis Gröpelingen sind Schul- und Vereinssport bedroht".

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/610 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 25. Februar 2019

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 137
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan)
zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/900 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 137.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

2. Ortsgesetz über den Ausgleich für das Gemeindesteueraufkommen im stadtbremischen Überseehafengebiet

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019

(Drucksache [19/914 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Bebauungsplan 1566
für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen
- dem Aumunder Friedhof,
- der Straße Aumunder Wiesen und
- der Beckstraße

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019

(Drucksache [19/915 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1566.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

4. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019

(Drucksache [19/923 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/611 S

Bremen soll eine Solidarity City werden!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/909 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/612 S

Einführung von Abbiegeassistenten: Bremen muss mit gutem Beispiel vorangehen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Oktober 2018
(Drucksache [19/857 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. bei Neuanschaffungen von Lkw durch die Stadtgemeinde Bremen oder ihrer Eigenbetriebe nur solche mit Abbiegeassistenten auszuwählen;
2. die entsprechende Umrüstung der gegenwärtig durch die außerhalb der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr städtisch betriebenen 130 Lkws anzustrengen, soweit dies technisch und finanziell sinnvoll ist;
3. bei Anstalten und Beteiligungen ebenfalls auf Umrüstungen hinzuwirken;
4. sich auf Bundesebene der Hamburger Initiative anzuschließen, die die Bundesregierung auffordert, sich EU-weit verpflichtend für die Einführung von Abbiegeassistenten für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht einzusetzen;
5. sich in Gesprächen mit der bremischen Speditionswirtschaft für den freiwilligen Einbau von Abbiegeassistenten einzusetzen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/613 S

Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger durch ein innovatives und smartes Warnsystem erhöhen – Einführung des Pilotprojektes „Bike-Flash“ in Bremen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Dezember 2018
(Drucksache [19/883 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/614 S

**Flächennutzungsplan Bremen
8. Änderung
Bremen-Überseestadt (Europahafenkopf)**

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/910 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 8. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen sowie die Veröffentlichung als Amtliche Bekanntmachung.

Nr. 19/615 S

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 142
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan)
zur Errichtung von vier mehrgeschossigen Büro- und
Wohngebäuden in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt am Ludwig-
Franzius-Platz zwischen Konsul-Smidt-Straße, Hansator und
Hoerneckestraße**

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/911 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen
Bebauungsplan 142.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und
beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt
der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/616 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 35

vom 15. Februar 2019
(Drucksache [19/920 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom
Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/617 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/832 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache [19/876 S](#))

2. Nutzt Bremen die Chancen der autonomen und digital vernetzten Mobilität?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. Oktober 2018
(Drucksache [19/852 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/881 S](#))
3. Wiedereröffnung des Brilltunnels ohne Denkverbote prüfen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. Oktober 2018
(Drucksache [19/853 S](#))
4. Versorgungslücke und Trägerwettbewerb bei Assistenzkräften in der Inklusion
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Oktober 2018
(Drucksache [19/858 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/896 S](#))
5. Bremens Altstadt auch abends ins beste Licht rücken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/864 S](#))
6. Kriminalprävention und Stadtentwicklung gemeinsam denken!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/878 S](#))
7. Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Juli 2018
(Drucksache [19/821 S](#))
8. Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen!
Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/885 S](#))

9. Lokale erinnerungskulturelle Initiativen in Huchting, Grolland und in der Neustadt unterstützen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 21. Januar 2019
(Neufassung der Drucksache [19/894 S](#) vom 18. Dezember 2018)
(Drucksache [19/906 S](#))
10. Zukunft des Neustädter Hafens aktiv gestalten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/899 S](#))
11. Kosmetische Operationen bei intergeschlechtlichen Menschen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/903 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/924 S](#))
12. Zum Nutzen von Umwelt und Verkehr jetzt in die Mobilität der Zukunft einsteigen: Bremen braucht ein intelligentes Verkehrs- und Parkleitsystem
Antrag der Fraktion der FDP
vom 16. Januar 2019
(Drucksache [19/904 S](#))
13. Fernwärmeleitung: Alternative Trassen umfassend prüfen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/912 S](#))
14. Energiebericht für die öffentlichen Gebäude der Stadtgemeinde Bremen und die Landesgebäude der Freien Hansestadt Bremen – Bericht für das Jahr 2017 –
Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/913 S](#))
15. Airport Bremen nach der Germania-Pleite – Investitionen in die Zukunft des Flughafens vorantreiben
Antrag der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 2019
(Drucksache [19/918 S](#))

16. Moderne Parkraumkonzepte für moderne Stadtteile

Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. Februar 2019
(Drucksache [19/919 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 27. Februar 2019

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 28. Februar 2019)

Nr. 19/1219

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Strategien gegen Übergewicht, Adipositas und Diabetes durch zu viel Zucker in der Ernährung

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. September 2018
(Drucksache [19/1847](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1897](#))

2. Digitalisierung der bremischen Schulen nicht im Sande verlaufen lassen – Lernmanagementsystem „itslearning“ endlich flächendeckend nutzen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Oktober 2018
(Drucksache [19/1867](#))

3. Digitale Mündigkeit und digitale Kompetenzen bei der Umsetzung des DigitalPakts verwirklichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1954](#))

4. Personalsituation an Grundschulen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Februar 2019
(Drucksache [19/2026](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1220

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Planverfahren für OTB rechtssicher ergänzen – neuen Hafen gut begründen statt schlecht verkleinern“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1221

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 25. Februar 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 7. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019
(Drucksache [19/1988](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften zur Anpassung an die Datenschutz-Grundverordnung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2005](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019

(Drucksache [19/1987](#))

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD,
der CDU, DIE LINKE und der FDP

vom 5. Februar 2019

(Drucksache [19/2031](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur
Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen
Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4. Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer
Stiftung des öffentlichen Rechts „Alfred-Wegener-Institut für Polar- und
Meeresforschung“

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019

(Drucksache [19/2015](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und
zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur
Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen
Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

5. Aufnahme von „Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften“ im „Bremischen Ausbildungsgesetz für Lehrämter“ – Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausbildungsgesetzes für Lehrämter

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019

(Drucksache [19/2016](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

6. Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019

(Drucksache [19/2017](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

7. Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019

(Drucksache [19/2018](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Jahresbericht 2015 – Land – des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 13. April 2015 (Drs. [18/1825](#)) – Beratende Äußerung zur Bewirtschaftung und Verwendung der Geldleistungen durch Fraktionen und Gruppen der Bremischen Bürgerschaft
Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 30. Januar 2019
(Drucksache [19/2025](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Drittes Gesetz zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/2027](#))
1. Lesung
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

10. Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über die Änderung des IT-Staatsvertrages zur Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Föderale IT-Kooperation (FITKO)“
Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/2028](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Energiebericht für die öffentlichen Gebäude der Stadtgemeinde Bremen und die Landesgebäude der Freien Hansestadt Bremen – Bericht für das Jahr 2017 –

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/2029](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Ausführung des Artikels 131a der Landesverfassung

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2033](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Gesetz über Finanzausweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Finanzausweisungsgesetz)

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2034](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über die Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung – künftig „Staatsvertrag über die Hochschulzulassung“

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2035](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

15. Kooperation mit Yad Vashem nicht auf Lehrerinnen und Lehrer beschränken

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 13. Februar 2019
(Drucksache [19/2041](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Kooperationsvereinbarung mit der internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem auch auf andere Berufsgruppen zu erweitern;
2. dabei insbesondere die bereits bestehenden Kooperationen, unter anderem in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, für die Ausbildung der Polizei in den Blick zu nehmen und zu prüfen, wie schnell auch in Bremen, gegebenenfalls in der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, eine solche Kooperation umgesetzt werden kann;
3. zu prüfen, welche Angebote in Yad Vashem bereits für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus Deutschland bestehen, und, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit diesen Bundesländern, auch bremischen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten die Möglichkeit zur Teilnahme zu eröffnen;
4. dabei auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung die Teilnahme an derartigen Programmen zu ermöglichen;
5. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 30. April 2019 über die unternommenen Schritte zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres, den Senator für Justiz und Verfassung und die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts bis zum 30. April 2019.

Nr. 19/1222

Die soziale Säule der Europäischen Union stärken!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1799](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Proklamation der Europäischen Säule der sozialen Rechte im November 2017, mit der sich die Mitgliedsstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament politisch verpflichtet haben, die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine soziale Dimension zu flankieren.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Europäische Kommission in ihrem Vorhaben, die Möglichkeiten zur Schaffung von Mindeststandards im Sozial- und Beschäftigungsbereich durch Artikel 153 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu nutzen, um die dringend gebotene soziale Konvergenz in der Europäischen Union zu fördern.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und Europäebene dafür einzusetzen, dass
 - a) zur weiteren Stärkung der sozialen Säule unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips eine soziale Fortschrittsklausel in das EU-Vertragswerk aufgenommen wird;
 - b) mit dem erfolgreichen Abschluss der Überarbeitung der Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie jetzt das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Tätigkeit am gleichen Ort“ für alle Branchen durchgesetzt wird;
 - c) eine europäische Arbeitsbehörde geschaffen wird, die die Durchsetzung der arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen der EU effektiv mit den national zuständigen Behörden koordiniert und befördert;
 - d) ein einheitlicher Arbeitnehmerbegriff in allen Mitgliedsstaaten der EU geschaffen wird, damit Richtlinien über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen überall gleichermaßen umgesetzt werden können. In den Mitgliedsstaaten erreichte arbeits- und sozialrechtliche Schutzstandards dürfen dadurch nicht ausgehöhlt werden;
 - e) allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Selbständigen ein Zugang zu allen Zweigen der sozialen Sicherungssysteme wie Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung gewährt wird;
 - f) die öffentliche Daseinsvorsorge nicht durch das Europäische Beihilferecht eingeschränkt wird, sondern gewährleistet ist, dass

Länder und Kommunen über die Erbringung von Versorgungsleistungen nach Gemeinwohlinteressen entscheiden können;

- g) die Vergütung nach Tarif nicht durch geschützte Wettbewerbspositionen konkurrierender Billiganbieter ausgehebelt werden kann und die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Tarifbindung geknüpft werden darf;
- h) die Unternehmenssteuern zur Schaffung eines fairen Wettbewerbs in der EU schrittweise angeglichen und harmonisiert werden;
- i) der Europäische Sozialfond auch über die aktuelle Förderperiode hinaus für die Umsetzung und Durchsetzung der in der Säule der sozialen Rechte niedergelegten Prinzipien in allen Regionen der Europäischen Union genutzt und zu diesem Zweck im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen finanziell angemessen ausgestattet wird.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit (federführend), den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1223

Konzept des Senats „Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten“

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018
(Drucksache [19/1821](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Konzept des Senats.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1224

Endlich die Situation für Hebammen in der klinischen Geburtshilfe verbessern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2019
(Drucksache [19/2000](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1225

Hebammenzentrum schnell realisieren und Bremerhaven mitdenken

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Februar 2019
(Drucksache [19/2042](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einrichtung eines ersten Hebammenzentrums im Land Bremen noch in diesem Jahr sicherzustellen und eine dafür notwendige Personalstelle für die Projektleitung, Koordinierung und Vernetzung kurzfristig zur Verfügung zu stellen.
2. in Bremerhaven zusammen mit den zuständigen Stellen im Magistrat den Aufbau von Vernetzungs- und Koordinationsstrukturen der dort tätigen Hebammen zu unterstützen, um perspektivisch auch dort ein Hebammenzentrum aufzubauen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1226

Der Einstufung Georgiens, Algeriens, Marokkos und Tunesiens als sichere Herkunftsländer im Bundesrat zustimmen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2019
(Drucksache [19/2049](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1227

Umsatzsteuerliche Gleichstellung von gedruckten Büchern und E-Books

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1998](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine umsatzsteuerliche Gleichstellung mit ermäßigten Sätzen von gedruckten Büchern und E-Books einzusetzen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1228

Wissenschaftsplan 2025

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2036](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1229

Mehr Gesundheitsschutz und Prävention durch Drugchecking?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. September 2018

(Drucksache [19/1829](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018

(Drucksache [19/1937](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1230

**Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig
veröffentlichen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 17. April 2018

(Drucksache [19/1622](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1231

**Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig
veröffentlichen**

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

vom 16. Oktober 2018

(Drucksache [19/1857](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen
Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1232

Gesetz zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019

(Drucksache [19/2006](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1233

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 35

vom 15. Februar 2019

(Drucksache [19/2047](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1234

Fünftes Hochschulreformgesetz

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019

(Drucksache [19/2004](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1235

Fünftes Hochschulreformgesetz

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 18. Februar 2019
(Drucksache [19/2048](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1236

Gesetz zur Änderung des Bremischen Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetzes (BremKTG) zur Umsetzung der Beitragsfreiheit in Kitas im Land Bremen für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr und zur Zentralisierung der Beitragsfestsetzung in der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2019
(Drucksache [19/2056](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Bürgerschaft (Landtag) am 28. Februar 2019

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 1. März 2019)

Nr. 19/1237

Fragestunde

1. Ermittlungen des Polizeilichen Staatsschutzes
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 17. Januar 2019
2. Islamisten in der JVA Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 17. Januar 2019
3. Verfassungswidrigkeit der Hofabgabeklausel
Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 17. Januar 2019
4. Wie steht es um die sicherheitspolitische Kooperation mit nicht europäischen Staaten?
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. Januar 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

5. Nicht abgerufene Bundesmittel für Investitionen
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. Januar 2019

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

6. Versorgung von Früh- und Neugeborenen in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. Januar 2019
7. Faire Verteilung der Mittel nach dem Glücksspielgesetz im Sport
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. Januar 2019
8. Ausländische Pflegekräfte im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 17. Januar 2019
9. Sachbeschädigung durch Farbschmierereien/Graffiti
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 17. Januar 2019
10. Versorgung von Neugeborenen in Bremerhaven verbessern und absichern

Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 21. Januar 2019

11. Zahl der Sozialwohnungen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 21. Januar 2019

12. Diskriminierung von Frauen in der Jubiläumsverordnung?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Januar 2019

13. Interkulturelle Seminare in der Fortbildung der Polizei

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 22. Januar 2019

14. Stellenausschreibungen bei kirchlichen Trägern

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 24. Januar 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

15. Entgeltgleichheit von Frauen und Männern verwirklichen

Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 5. Februar 2019

16. Teilnahme von Senator Lohse an der Klimakonferenz in Kattowitz

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 13. Februar 2019

17. „geschlechtergerecht 2028“ – wird Kontinuität gewährleistet?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Februar 2019

18. Elternbeiträge für Krippen, Kitas und Horte im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. Februar 2019

19. Sind IS-Kämpfer aus Bremen in der Demokratischen Föderation Nordsyrien/Rojava im Gefängnis?

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt, Cindi Tuncel und Fraktion DIE LINKE vom 19. Februar 2019

20. Asylbewerber aus Maghreb-Staaten

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 21. Februar 2019

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1238

Ein neuer Impuls für Bremen. Machbarkeitsstudie für medizinische Fakultät in Auftrag geben

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/1657](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1239

Ein neuer Impuls für Bremen. Machbarkeitsstudie für medizinische Fakultät in Auftrag geben

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 14. Februar 2019
(Drucksache [19/2043](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Prüfung eines Konzepts hinsichtlich der klinischen Phase gemäß der vorgelegten Meilensteinplanung weiter voranzutreiben.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1240

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes – Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (BremBG)

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 20. September 2018
(Drucksache [19/1837](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1241

Kinderarmut bekämpfen, Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen: Kindergrundsicherung einführen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Mai 2017
(Neufassung der Drucksache [19/1049](#) vom 4. Mai 2017)
(Drucksache [19/1056](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1242

Kinderarmut bekämpfen, Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen: Kindergrundsicherung einführen!

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/1949](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sich weiterhin aktiv in die Arbeit der entsprechenden AG der Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales (ASMK) einzubringen und offene Fragen zu klären.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration über den Fortgang der Arbeit der AG der ASMK zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1243

Kinderchancengeld einführen – Kinderarmut aktiv bekämpfen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. Februar 2019
(Drucksache [19/2062](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1244

Jugend im Parlament 12. bis 16. November 2018

Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 21. Dezember 2018
(Drucksache [19/1984](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1245

Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2018

Mitteilung des Senats vom 25. September 2018
(Drucksache [19/1839](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1246

Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2018

Mitteilung des Senats vom 25. September 2018
(Drucksache [19/1840](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1247

Clankriminalität entschlossen bekämpfen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 27. September 2018
(Drucksache [19/1849](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1248

Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2014](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein ressortübergreifendes Konzept zur nachhaltigen Bekämpfung der Clankriminalität zu entwickeln und in diesem Zusammenhang
 - a) die Zusammenarbeit und den Austausch mit den anderen Bundesländern und EU-Mitgliedstaaten im Bereich Clankriminalität weiter zu intensivieren und bei Bedarf gemeinsame, auch internationale Ermittlungsgruppen zu bilden;
 - b) die Zentralstelle für strategische Analyse des Bremer Landeskriminalamtes mit ausreichenden personellen und materiellen Ressourcen auszustatten, um eine fundierte analytische Grundlage für die effektive und effiziente Steuerung der polizeilichen Maßnahmen gegen Clankriminalität zu gewährleisten;
 - c) die Voraussetzungen bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft zu schaffen, damit Ermittlungsverfahren im Bereich schwere und organisierte Clankriminalität mit hoher Priorität geführt und angeklagt werden können;
 - d) den Verfolgungs- und Kontrolldruck gegen kriminelle Angehörige ethnisch abgeschotteter Subkulturen insgesamt zu erhöhen und dazu etwa auch Ordnungswidrigkeiten und vermeintliche Kleinkriminalität in angemessener Weise konsequent zu ahnden und hierzu behördenübergreifend unter anderem mit dem Zoll, dem Gewerbe-, dem Ordnungs- und dem Finanzamt sowie dem Amt für Soziale Dienste und dem Jobcenter zusammenzuarbeiten;
 - e) Maßnahmen zur Vermögensabschöpfung zu intensivieren;
 - f) dafür Sorge zu tragen, dass unerlaubte Einflussnahmen auf Zeugen im Rahmen von Strafverfahren gegen Clanmitglieder unterbunden werden;
 - g) die Verwendung von gefälschten beziehungsweise Mehrfachidentitäten durch kriminelle Clanmitglieder wirksam zu unterbinden und zu sanktionieren;
 - h) die Einrichtung einer zentralen Ansprechstelle gegen organisierte Kriminalität nach dem Vorbild des Landeskriminalamts Baden-Württemberg zu prüfen;
2. ein ressortübergreifendes Konzept zur Verbesserung der sozialen Integration und Teilhabe von Angehörigen ethnisch abgeschotteter

Clans beziehungsweise Subkulturen zu erarbeiten und umzusetzen, das

- a) sowohl Integrationsangebote an die Gruppe als auch erforderliche Interventionsansätze bei Integrationsverweigerung, deviantem Verhalten und Verstößen zum Beispiel gegen Ordnungsregelungen, die für ein gedeihliches Zusammenleben elementar sind, umfasst;
 - b) die Prüfung von Ausstiegs- und Resozialisierungsprogrammen beinhaltet, welche sich speziell an Frauen, Jugendliche und junge Erwachsene richten;
3. gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund ein umfassendes Lagebild ethnisch abgeschotteter Subkulturen in der Bundesrepublik zu erstellen, um sowohl Erkenntnisse für eine wirksame und nachhaltige Kriminalitätsbekämpfung als auch eine soziale Integration und Teilhabe insbesondere von jungen Angehörigen der fraglichen Bevölkerungsgruppe zu erlangen;

der Bürgerschaft (Landtag) bis spätestens ein Jahr nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend), an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, an den Senator für Justiz und Verfassung, an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und an die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1249

Open-Library-Konzept für das Land Bremen – neue technische Möglichkeiten nutzen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. September 2018
(Drucksache [19/1832](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, in welcher Form und mit welchen Kosten ein zunächst zeitlich befristetes, wissenschaftlich begleitetes Bremer Modellprojekt „Open Library Bremen“ in den öffentlichen Bibliotheken ermöglicht werden kann, welches insbesondere zum Ziel hat, eine zeitnahe und möglichst flächendeckende Verbreitung des Open-Library-Konzepts im Land Bremen dauerhaft voranzutreiben;
2. der Bürgerschaft (Landtag) über die Ergebnisse der Prüfung spätestens drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Kultur zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1250

Erweiterte Nutzungszeiten für wissenschaftliche Bibliotheken ermöglichen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. September 2018
(Drucksache [19/1833](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. orientiert an den Anforderungen eines modernen Wissenschaftsstandortes, eine Sonntagsöffnung der wissenschaftlichen Bibliotheken im Land Bremen sicherzustellen, ein Konzept für verlängerte Öffnungszeiten bis hin zu einer möglichen 24/7-Öffnung zu erarbeiten und in diesem Zusammenhang auch die mögliche Einbeziehung des Open-Library-Konzepts zu prüfen;
2. der Bürgerschaft (Landtag) über die Ergebnisse der Prüfung innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1251

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Pflegenotstand verhindern – Unterbesetzung auflösen – Fachkräftelücke im Gesundheitswesen nachhaltig schließen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 27. September 2018
(Drucksache [19/1850](#))
2. Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/2019 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten
Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018
(Drucksache [19/1859](#))
3. Niedrigere Baukosten schaffen mehr Wohnraum! – Niederlande zum Vorbild nehmen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. Februar 2019
(Neufassung der Drucksache [19/1877](#) vom 23. Oktober 2018)
(Drucksache [19/2061](#))

4. Erasmus-Aktive im Land Bremen effektiv unterstützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP
vom 22. Januar 2019
(Neufassung der Drucksache [19/1879](#) vom 23. Oktober 2018)
(Drucksache [19/2012](#))

5. Vertrauliche rechtsmedizinische Begutachtung für Opfer von Gewalt

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Oktober 2018
(Drucksache [19/1883](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2018
(Drucksache [19/1943](#))

6. Von Dortmund lernen und die Potenziale von Freier Software im Land Bremen systematisch untersuchen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1894](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1956](#))

7. Eine „Europäische Universität“ in Bremen?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1903](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1957](#))

8. 100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1904](#))

9. Gleichstellungspolitik in Bremen – Strategie oder Ignoranz?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 8. November 2018
(Drucksache [19/1906](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019
(Drucksache [19/1989](#))
10. Ambulante Gesundheitsversorgung von Menschen ohne
Krankenversicherung
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 8. November 2018
(Drucksache [19/1908](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1978](#))
11. Besuche in Gedenkstätten für alle Schulklassen ermöglichen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. November 2018
(Drucksache [19/1909](#))
Dazu
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 2019
(Drucksache [19/2045](#))
12. Umsetzung des neuen Gesamtplanverfahrens der Eingliederungshilfe
im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 14. November 2018
(Drucksache [19/1917](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2019](#))
13. Inklusive Kulturpolitik in Bremen – wo stehen wir im Jahr 2018?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. November 2018
(Drucksache [19/1920](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2020](#))
14. Menschenhandel und Zwangsprostitution – Wie stellt sich die Situation
im Land Bremen dar?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1928](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2007](#))

15. Cybersicherheit in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1932](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1993](#))

16. Entwicklung von Altersarmut im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Dezember 2018
(Drucksache [19/1944](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/2053](#))

17. Konzept „Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Land Bremen“

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/1947](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019
(Drucksache [19/2021](#))

18. Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt anpassen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1099](#))

19. Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt anpassen

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/1948](#))

20. Unterschrift unter dem Migrationspakt zurückziehen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1963](#))
21. Repräsentative Demokratie attraktiver gestalten
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1964](#))
22. Die B 212n gemeinsam mit Niedersachsen planen und realisieren
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Dezember 2018
(Drucksache [19/1966](#))
23. Gesellschaftliche Integration durch Beflaggung auf Schulhöfen mit der Bundesflagge
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 13. Dezember 2018
(Drucksache [19/1967](#))
24. Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern – wichtige Gesundheitsberufe stärken!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1796](#))
25. Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern – wichtige Gesundheitsberufe stärken!
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz
vom 13. Dezember 2018
(Drucksache [19/1968](#))
26. Stand der Digitalisierung in Bremens öffentlicher Verwaltung
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1970](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019
(Drucksache [19/2037](#))
27. Keine gestufte und gesteuerte Versorgung durch das Termin- und Versorgungsgesetz – zusätzliche Hürden für psychisch kranke Menschen verhindern!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1983](#))

28. Dringend benötigten zusätzlichen Wohnraum durch Dachaufstockungen schaffen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. Januar 2019
(Drucksache [19/1992](#))
29. Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen in öffentlich-rechtlicher Unterbringung stärken
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2019
(Drucksache [19/1999](#))
30. Polizei endlich in das 21. Jahrhundert führen – Flächendeckende Ausstattung mit Smartphones und Tablets
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Januar 2019
(Drucksache [19/2002](#))
31. Vermögensabschöpfung im Jugendstrafrecht
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2013](#))
32. Bericht der Besuchskommission für den Zeitraum Mai 2016 bis April 2018 nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)
Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019
(Drucksache [19/2030](#))
33. Zivilgesellschaftliche Traditionen und demokratisch verfasstes Gemeinwesen bei der Eiswetteilnahme Bremer Repräsentanten zum Ausgleich bringen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. Februar 2019
(Drucksache [19/2032](#))
34. Bremerhaven braucht die Hafenrandstraße!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2019
(Drucksache [19/2046](#))
35. Die Zeit ist um – Bremen muss von Schaffermahl und Eiswette Abstand gewinnen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/2050](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4934.) "Frauenförderung in der Kultur"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2767/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2767/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 15. Januar 2019 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnissnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Antwort auf Frage 3 wird unter dem Aufzählungspunkt „Kultureinrichtungen“ im zweiten Satz das Wort „Geschäftsführern“ ersetzt durch das Wort „Geschäftsführungen“. Der dritte Satz wird wie folgt formuliert: „Es wird angestrebt, dass die Frauenförderung Teil der Tantiemevereinbarungen wird.“
- In der Antwort auf Frage 4 wird im zweiten Absatz vor dem Wort „Filmförderung“ das Wort „kulturellen“ ergänzt.
- In der Antwort auf Frage 35 werden im zweiten Satz nach dem „bkm“ die Worte „ist es“ ersetzt durch die Worte „wäre dies“.

Die daran anschließenden Sätze werden wie folgt neu formuliert: „Eine Förderung des Programms könnte bei der Nordmedia beantragt werden. Das von der nordmedia 2018 aufgelegte Mentorenprogramm CloseUp richtet sich an alle. Die Hälfte der ausgewählten Projekte sind in der ersten Ausschreibung an Projekte mit Akteurinnen gegangen. Im Rahmen der CloseUp Workshops werden frauenspezifische Fragestellungen aufgegriffen.“

4935.) Nachbewilligung für die Baumaßnahme "Kinder- und Familienzentrum Grolland"
(Vorlage 2768/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2768/19 die im Rahmen der Kita-Ausbauplanung mit dem Projekt Kinder- und Familienzentrum Grolland entstehenden Mehrkosten zur Kenntnis.
2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Mehrbedarfe für diese Maßnahme im Gesamtrahmen des Haushalts der Stadtgemeinde Bremen ausschließlich durch entsprechende Prioritätensetzung im Haushaltsaufstellungsverfahren 2020/21 darstellbar sind.
3. Der Senat stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung sowie der Vorabdotierung der Mittel im Haushalt der Stadtgemeinde für die Mehrbedarfe des Kinder- und Familienzentrums Grolland in Höhe von 2,340 Mio. € für das Haushaltsjahr 2020 und 1,592 Mio. € für das Jahr 2021 zu. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, die erforderlichen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.
5. Darüber hinaus stellt der Senat stellt, dass unter „A. Problem“ im letzten Absatz das Wort „Grolland“ ersetzt wird durch das Wort „Freiligrathstraße“.

- 4936.) Novellierung der Verordnung zur Anerkennung und Förderung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag nach § 45a, der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und des Ehrenamtes nach § 45c sowie der Selbsthilfe nach § 45d SGB XI für das Land Bremen
(Vorlage 2769/19)
-

Beschluss:

Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die Vorlage zurückzieht.

- 4937.) Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz
(Vorlage 2770/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 12. März 2019 aus.

- 4938.) EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020:
Transferzentrum für optimierte, assistierte, hochautomatisierte und autonome Systeme (TOPA3S)
Startprojekt: automatisierte Bedatung digitaler Zwillinge
(Vorlage 2771/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2771/19 der Maßnahme „Transferzentrum für optimierte, assistierte, hochautomatisierte und autonome Systeme - Startprojekt: automatisierte Bedatung digitaler Zwillinge“ zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von 638.000 €.
2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/ 2021 die Maßnahme innerhalb des Ressorthaushalts prioritär zu berücksichtigen.

3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

4939.) Überseestadt
Strandpark Waller Sand (Weiche Kante)
Fertigstellung in 2 Teilstufen, 2019 und 2021/2022
(Vorlage 2772/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2772/19 der Finanzierung der aufgezeigten Mehrkosten in Höhe von 800 T€ bei der Umsetzung der Maßnahme „Waller Sand“ zur weiteren Entwicklung der Überseestadt zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung der Mehrkosten durch Beschluss der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt herbeizuführen.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ im ersten Satz das Wort „eingeleitet“ ersetzt wird durch das Wort „erfolgt“.

4940.) EFRE Programm 2014-2020; Prioritätsachse 3: Förderung CO2-effizienter Wirtschafts- und Stadtstrukturen
Finanzierung des Umbaus des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der Nordsee GmbH, Klußmannstraße 3, 27570 Bremerhaven, für das Alfred-Wegener-Institut
(Vorlage 2773/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2773/19 der Umsetzung der dargestellten Maßnahme „Finanzierung des Umbaus des ehemaligen

Verwaltungsgebäudes der Nordsee GmbH für das Alfred-Wegener-Institut“ in Höhe von insgesamt 7.498.065 € und damit einer Darlehensaufnahme durch die FBG in Höhe von 5.662.127 € sowie der Förderung aus EFRE-Mitteln in Höhe von 1.806.980 € in den Jahren 2019 und 2020 (s. anl. VE-Antrag) sowie der Bereitstellung von Landesmitteln in Höhe von 28.958 € für die Durchführung der Baufachtechnischen Zuwendungsprüfung (BZP) zu.

2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die notwendige haushaltsrechtliche Absicherung durch Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses in 2019 einzuholen.

4941.) Kindertageseinrichtung Freiligrathstraße
hier: Bau- und Kostenplanung
(Vorlage 2774/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2774/19 die Mehrbedarfe für die Kita an der Freiligrathstraße zur Kenntnis.
2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Mehrbedarfe für diese Maßnahme im Gesamtrahmen des Haushalts der Stadtgemeinde Bremen ausschließlich durch entsprechende Prioritätensetzung im Haushaltsaufstellungsverfahren 2020/21 darstellbar sind.
3. Der Senat stimmt der Anpassung der erteilten Verpflichtungsermächtigung sowie der Vorabdotierung der Mittel im Haushalt der Stadtgemeinde für die Mehrbedarfe der KiTa Freiligrathstraße in Höhe von 2,970 Mio. € für das Haushaltsjahr 2020 und 0,944 Mio. € für das Jahr 2021 zu. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den

Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung die erforderlichen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle...“ in der letzten Zeile der Tabelle der Wert „944*“ ersetzt wird durch den Wert „0,944*“.

4942.) Brücken bauen - Integration von Straffälligen in Bremen und Bremerhaven (Vorlage 2775/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 04.03.2019)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 04. März 2019 die Planung des Programms „Brücken bauen – Integration von Straffälligen in Bremen und Bremerhaven“ ab 01.07.2019 zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt dem geplanten Mitteleinsatz und dem Eingehen von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Maßnahme „Brücken bauen – Integration von Straffälligen in Bremen und Bremerhaven“ bei der Haushaltsstelle 0308.686 53-1, EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel), in Höhe von insgesamt 2.680.000 € zulasten der Jahre 2020 und 2021 (je 1.070.000 €) und 2022 (540.000 €) zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Mittel für die Finanzierung der Maßnahme für die Jahre ab 2020 durch eine Erhöhung des Einnahmeanschlags im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 produktplanintern darzustellen und sie in der Finanzplanung bis 2022 fortzuschreiben.

3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

4943.) "Drogenkonsumraum in Bremen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen)
(Vorlage 2776/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2776/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - Unter „D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ wird der zweite Satz wie folgt neu formuliert: „Die Beantwortung berücksichtigt einzelne frauenspezifische Konzepte.“
 - In der Antwort auf Frage 4 werden am Ende folgende Sätze ergänzt:
„Für betroffene Frauen in einer männerdominierten und gewaltgeprägten Szene sollte ein geschützter Bereich gewährleistet sein. Hamburg hat mit ragazza e. V. sehr gute Erfahrungen gemacht. Am 22. März 2019 findet in Bremen ein Fachtag dazu statt.“
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4944.) "Vorkurse im Schuljahr 2018/2019 an den Schulen im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2777/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 04.03.2019)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 04.03.2019 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4945.) Ist Outsourcing von Dienstleistungen noch zeitgemäß und wirtschaftlich?
– Beantwortung der Berichtsbitte der Fraktion der CDU an die
Controllingausschüsse (Land und Stadt)
(Vorlage 2778/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2778/19 die Antwort auf die Berichtsbitte der Fraktion der CDU zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen um die Weiterleitung der Antwort an die Controllingausschüsse (Land und Stadt) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:
 - Im Bericht wird am Ende des dritten Absatzes folgender Satz angefügt: „Ebenfalls nicht Bestandteil der Beantwortung ist der Bereich der Hochschulen.“
 - Im Bericht werden in der Tabelle „2. Kernverwaltung, Eigenbetrieb, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts lagert Dienstleistungen an externe Dritte aus:“ in der Zeile nach „IT-Sicherheitsbeauftragte*r“ folgende beiden Zeilen neu eingefügt:
 - o „Empfang“ / „Kernverwaltung (SWAH)“ / „Dauerhaft“ / „Professionalisierung“
 - o „Programmierung und Support der Fachanwendung FIPS (Datenbank-Verwaltungs- und Monitoring-System für Mittel des EFRE der FHB)“ / „Kernverwaltung (SWAH)“ / „Projektbezogen“ / „Die Vorhaltung eigener Programmierungsressourcen mit der erforderlichen Sachkenntnis wäre nicht wirtschaftlich. Die Auslagerung wird als zeitgemäß beurteilt.“
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ folgender zweiter Satz angefügt wird: „Das Outsourcing hat branchenbezogen Auswirkungen auf die Geschlechter.“

4946.) Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum 31.12.2018
(Vorlage 2779/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2779/19 den Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum 31.12.2018 zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum 31.12.2018 dem Controllingausschuss zuzuleiten.

4947.) Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder
(Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 04.03.2019)

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 04.03.2019 die Darstellungen über die finanziellen Auswirkungen der Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst der Länder vom 2. März 2019 zur Kenntnis.